

Zürichsee-Zeitung

Zürich
Zeitungen

Bezirk Horgen



Winterberg-Garage AG
Rütibüelstrasse 15
8820 Wädenswil
Tel. 044 781 24 66
www.winterberg-garage.ch
Ihr freundlicher Partner

Ferien beim Diktator

Asien-Spezialist Stephan Roemer organisiert Reisen, die nicht nur die Masse anspricht. **SEITE 2**

Gute Bilanz gezogen

Die Kulturtage in Rüslikon waren laut den Veranstaltern ein voller Erfolg. **SEITE 3**



Exploit im Weltcup

Die Adliswilerin Simone Wild wird im Riesenslalom in Are starke Achte. **SEITE 24**

Wut und Ärger nach Antwort des Regierungsrates

KILCHBERG Der Versuch, eine tschetschenische Familie aus Kilchberg in einer Nacht-und-Nebel-Aktion auszuschaffen, wirkt politisch nach. Das Komitee, das die Familie unterstützt, ist bestürzt über den Erklärungsversuch des Regierungsrates.

Die Beamten der Kantonspolizei Zürich seien professionell und korrekt vorgegangen, als sie die tschetschenische Familie im Morgengrauen des 19. September abholte und zum Flughafen brachte. Die Beamten hätten das Verhältnismässigkeitsprinzip stets beachtet. Dies schreibt der Regierungsrat auf eine Anfrage von drei Kantonsräten. Zur Erinnerung: Die tschetschenische Familie

mit vier Kindern lebt seit rund vier Jahren in der Schweiz. Sie gilt als gut integriert, spricht Deutsch und engagiert sich in Kilchberg. Drei Kinder besuchen die Primar- und Sekundarschule, das Jüngste wurde in der Schweiz geboren.

Viel Engagement für Familie

Im Sommer hat das Staatssekretariat für Migration (SEM) entschieden, nicht auf das Wie-

dererwägungsgesuch der Familie gegen den abgelehnten Asylantrag einzutreten. Freundinnen der Schulkinder und Bekannte der Familie engagieren sich seither dafür, dass die Familie in der Schweiz bleiben kann.

«Unglaublich arrogant»

Der Ausschaffungsversuch wurde am Flughafen abgebrochen, weil sich die jüngste Tochter und die Mutter stark zur Wehr setzten. Die Kantonsratsmitglieder Mattea Meyer (SP, Winterthur), Sibylle Marti (SP, Zürich) und Markus Bischoff (AL, Zürich) reichten

darauf eine Anfrage an den Regierungsrat ein. Ronie Bürgin, Mitglied des Komitees «Hier zu Hause», sagt, die Antwort des Regierungsrates sei unglaublich arrogant, oberflächlich und unfundiert. Der Antwortschreiber habe sich inhaltlich nicht mit der Sache befasst und die Akten nicht angeschaut, zentrale Aussagen in der Regierungsantwort stimmten nicht. «Die Antwort ist ein reiner Papiertiger», hält er fest.

Wütend macht ihn unter anderem die Passage im Antwortschreiben, dass die Familie die Rückkehrberatung in Anspruch

genommen habe. Die Familie hatte zwar einen Termin für ein solches Gespräch, die zuständige Person fand es aber sinnvoller, dieses aufzuschieben, solange der Vater in einer Klinik stationär behandelt wird.

Polizei war uninformiert

Hinzu kommt, dass die Familie gegen den ablehnenden Entscheid des SEM Einsprache beim Bundesverwaltungsgericht erhoben hat. Die Polizeibeamten hätten von dieser Beschwerde keine Kenntnis gehabt, räumt der Regierungsrat zwar ein. Bürgin

sagt, die Mutter habe die Polizisten aber darauf hingewiesen, als diese sie abholen wollten. Sie habe sie auch gebeten, jemanden vom Komitee benachrichtigen zu können. Dies sei abgelehnt worden. Die Polizisten waren nicht einmal informiert, dass der Vater nicht zu Hause, sondern in der Klinik war, gibt Bürgin zu bedenken und fügt an: «Das soll korrekt und professionell sein?» Da könne er nur den Kopf schütteln.

Der Ausschaffungsversuch hat die Familie traumatisiert und die Unterstützer konsterniert und verärgert. *dh* **SEITE 3**

Naturschützer machen Druck

EMBRACH Seit Jahren kämpfen die Naturschützer des Vereins Pro Töss-Auen gegen die Jagdschiessanlage Au. Obwohl inzwischen der Kanton Baurechtnehmer ist, bemängelt der Verein weitere Verstösse gegen das Umweltschutzgesetz, insbesondere dass immer wieder Tontauben in der Töss landen.

In einem Schreiben erinnert der Verein den Kanton nun an seine Versprechen von 2013. Vereinspräsidentin Marianne Trüb will nun noch eine Weile zuwarten. Sie warnt aber: «Wenn sich weiterhin nichts verbessert, werden wir eine Strafanzeige gegen die neuen Verantwortlichen erstatten.» *red* **SEITE 15**

Die Freude am Zürichsee



50 Manager und Führungskräfte aus China trafen sich am Samstag in Horgen zu einem Gipfeltreffen. Am Rande der Tagung blieb auch Zeit für Schnapsschüsse fürs Familienalbum mit dem Zürichsee als Hintergrundkulisse. *André Springer*

SEITE 5

Terroralarm in Genf

GENF Die Gefahr terroristischer Anschläge ist über das Wochenende auch in der Schweiz konkreter geworden. In Genf sind zwei Syrer festgenommen worden, in deren Auto Sprengstoffspuren gefunden wurden. Die Bundesanwaltschaft hat ein Verfahren wegen Verdachts des Herstellens, Verbergens oder Weiterschaffens von Sprengstoffen eröffnet. Zudem werden die zwei Syrer verdächtigt, gegen das Bundesgesetz über das Verbot der Gruppierungen al-Qaida und Islamischer Staat verstossen zu haben. Noch mindestens eine Woche bleibt Genf in erhöhter Alarmbereitschaft. *sda* **SEITE 16**

Schlappe für Le Pen

PARIS Vor einer Woche waren sie die Sieger, jetzt sind sie die Verlierer: Der rechtsextreme Front National (FN) um Marine Le Pen konnte nach Hochrechnungen bei der zweiten Runde der Regionalwahlen in Frankreich keinen einzigen Wahlkreis gewinnen. Vor einer Woche waren es noch 6 von 13 gewesen. Da aber die Sozialisten ihre aussichtslosen Kandidaten zurückgezogen und die Wahlbeteiligung grösser war, wurde der Siegeszug

des FN gebremst. Der sozialistische Premierminister Manuel Valls dankte den linken Wählern gestern Abend, eine «Sperr» gegen die Rechtsextremen errichtet zu haben. Er mahnte zugleich: «Keine Erleichterung, kein Triumphgefühl. Die Gefahr der Rechtsextremen ist noch nicht gebannt.» Le Pen gab sich kämpferisch: «Nichts wird uns aufhalten können.» Die FN-Chefin hat bereits die Präsidentschaftswahlen 2017 im Blick. *sda/bol* **SEITE 18**

Das Beste herausgeholt

PARIS Nach zwei Wochen harter Verhandlungen in Le Bourget bei Paris richtete Konferenzleiter Laurent Fabius am frühen Samstagabend die entscheidende Frage an die 196 Delegationen. Ob jemand im Saal einen Einwand habe gegen den vorliegende Text? «Ich sehe den Saal, die Reaktion ist positiv, ich höre keine Einwände», sagte Fabius. Mit einem kleinen grünen Hammer bestätigte er die Annahme des Paris-Abkommens.

Nach minutenlangem stehendem Applaus Tausender Regierungsmitglieder, Delegierter und Beobachter, vielen Umarmungen und Tränen begann ein Reigen von Reden. Als Erste sagte Südafrikas Umweltministerin Edna Molewa, was viele nach ihr auch sagten: «Der uns vorliegende Text ist nicht perfekt.» Er biete aber eine solide Grundlage und sei das Beste, was in diesem historischen Moment zu bekommen sei. *sda* **SEITE 17**

Erzwungene Reform

BERN Der anhaltende Druck des Auslands zwingt die Schweiz zur Unternehmenssteuerreform III. Diese soll ein Ende der steuerlichen Vorzugsbehandlung bringen, mit der die Kantone bislang Firmen in die Schweiz lockten. Heute berät der Ständerat die Vorlage, bei der wirtschaftlich starke Kantone wie etwa Basel, Zug, Schwyz oder Zürich die Gewinner sind. Zu den Verlierern gehören die Bündner, Freiburger und die Walliser. *fab/pem* **SEITE**

Sion eliminiert Basel im Cup

FUSSBALL Der FC Sion bleibt im Schweizer Cup eine Macht. Die Titelverteidiger setzten sich in einem dramatischen Halbfinal gegen den FC Basel im Penaltyschiessen 4:3 durch. Nach 120 Minuten hatte es 2:2 gestanden. Im Halbfinal trifft Sion auf den FC Zürich, der Thun auswärts gleich 4:1 bezwang. Im zweiten Halbfinal stehen sich Luzern und Lugano gegenüber. *red* **SEITE 19**

WETTER

Heute 0°/4°
Nebelfelder
und Sonnenschein.
WETTER SEITE 27



Immer noch Albträume und Panikattacken

KILCHBERG Die tschetschenische Familie aus Kilchberg leidet heute noch unter der abgebrochenen Zwangsausschaffung. Dass der Zürcher Regierungsrat diese rechtfertigt, treibt einer befreundeten Frau der Familie Tränen der Wut in die Augen.

Der Regierungsrat stellt eine versuchte Ausschaffung in einem ganz anderen Licht dar als die betroffene tschetschenische Familie aus Kilchberg. Er rechtfertigt das Vorgehen der Behörden in seiner Antwort auf eine Anfrage der Kantonsratsmitglieder Mattea Meyer (SP, Winterthur), Sibylle Marti (SP, Zürich) und Markus Bischoff (AL, Zürich).

Laut Regierungsrat ging die Spezialeinheit der Kantonspolizei Zürich am frühen Morgen des 17. September «professionell und korrekt mit der gebotenen Rücksicht auf die konkreten Umstände vor». Dabei hätten die beteiligten Behörden stets das Verhältnismässigkeitsprinzip beachtet.

Komitee unterstützt Familie

«Mir kommen die Tränen», sagte Francesca Bürgin, eine befreundete Kilchbergerin, als sie diese Stellungnahme vernimmt. Sie ge-

hört dem Komitee «Hier zu Hause» an, welches die Familie, die als gut integriert gilt, unterstützt und eine Internetseite eingerichtet hat. Auf www.hierzuhaus.ch schildert das Komitee, wie die Familie die Ausschaffung erlebte.

Demnach drang um 4 Uhr morgens eine Spezialeinheit der Kantonspolizei Zürich mit 15 Beamten in die Wohnung ein. Die Mutter und die vier Kinder seien rüde in die Fahrzeuge gebracht worden. Der Vater, der nach einem ablehnenden Asylentscheid zusammengebrochen war und sich seither in einer psychiatrischen Klinik befindet, wurde dort in der gleichen Manier abgeholt.

Am Flughafen habe man versucht, die Frau und die Kinder mit Zerren und Stossen ins Flugzeug zu verfrachten. Die jüngste Tochter und die Mutter setzten sich aber so stark zur Wehr, dass die Ausschaffung abgebrochen wur-

de. Die Mutter und die Kinder kehrten zurück nach Kilchberg, der Vater ist wieder in der Klinik hospitalisiert, wo er psychologisch betreut wird.

Nicht alleine aus dem Haus

Die befreundete Kilchbergerin erzählt, die Mutter habe nach der missglückten Zwangsausschaffung blaue Flecken an den Handgelenken gehabt. Die Kinder seien von den Behörden angelogen worden. Man habe ihnen erzählt, der Vater sitze bereits im Flugzeug, damit sie zu ihm einstiegen. Er befand sich jedoch in einem anderen Auto, musste Handschellen tragen und zusehen, was mit seiner Familie geschah.

Die Familie sei schwer traumatisiert, sagt die Kilchbergerin. Die Mutter getraue sich heute kaum mehr alleine aus dem Haus und müsse begleitet werden, zum Beispiel zum Einkaufen. Sehe sie ein Polizeifahrzeug, beginne sie vor Panik zu zittern. Eines der Kinder leide an Albträumen. Bei allen Kindern habe der Ausschaffungsversuch Spuren hinterlas-

sen. Sie seien aber froh, dass sie wieder zur Schule gehen können. Der Regierungsrat findet, «es besteht keine Veranlassung, die Praxis bei Ausschaffungen von Minderjährigen zu überdenken».

Lückenhafte Protokolle

Der Anwalt der Familie erhielt laut Komitee die Ausschaffungsprotokolle. Diese seien lückenhaft und inhaltlich dünn, heisst es. Es seien grössere Differenzen zu den Schilderungen der Familie augenfällig. Der Ausschaffungsversuch sei von Willkür, Fehlinformationen und fehlbarem Verhalten seitens der Behörden geprägt. Das Komitee und der Anwalt würden eine Aufsichtsbeschwerde einreichen.

Eine Härtefallbewilligung kommt für die Tschetschenen nicht infrage, stellt der Regierungsrat klar. Laut Gesetz müsse die Person sich mindestens fünf Jahre seit der Einreichung des Asylgesuches in der Schweiz aufhalten. Diese Frist, die strikt beachtet werde, erreicht die Familie

aus Kilchberg in knapp einem Jahr.

Verständnis von Bundesrätin

Hilfe erhofften sich Freunde von Simonetta Sommaruga, der sie eine Petition mit über 750 Unterschriften zukommen liessen. Die SP-Bundesrätin antwortete im Oktober, sie verstehe, dass das Schicksal von Menschen, die man kenne, bewege. Sie könne aber aus Respekt zur Gewaltentrennung den Fall nicht weiter kommentieren und als Justizministerin sei sie nicht befugt, Einfluss auf ein einzelnes Verfahren zu nehmen.

Vorläufig kann die Familie nicht ausgeschafft werden. Das Bundesverwaltungsgericht hat wenige Tage nach dem Ausschaffungsversuch einen Vollzugsstopp verfügt. Dieser gilt, bis das Gericht den Rekurs der Familie gegen den Entscheid des SEM fällt. Dieser ist immer noch hängig. «Das bange Warten geht weiter», schreibt das Komitee, dem sich inzwischen über 2500 Personen angeschlossen haben, auf der Internetseite. Daniela Haag



Die Unterstützung für die tschetschenische Familie in Kilchberg ist gross.